**Kommunale ökologische und soziale Klimapolitik**

„Die Klimakrise ist das größte Marktversagen der Menschheitsgeschichte“ – so bringt es die Klimagerechtigkeitsbewegung auf den Punkt. Ein „weiter so“ des maßlosen Ressourcenverbrauchs in der bisherigen Form in privaten Händen ist nicht mehr steuerbar und nicht mehr sozial verantwortbar. Die Gemeinwohl-Orientierung an Gebrauchswerten, Ressourcensparsamkeit und Wiederverwertung sind notwendige Konsequenzen. Die Bewältigung der Klimakrise und der Stopp der Klimakatastrophe sind längst zu der Überlebensfrage unserer Zivilisation schlechthin geworden. Unsere wichtigsten Schutzgüter sind in Gefahr. Die Vorbereitung auf gravierende Auswirkungen des Klimawandels auf Mensch und Natur in unseren ländlichen wie städtischen Gebieten ist das höchste Gebot.

Wir müssen uns auf Urgewalten einstellen. Bäche, die durch Starkregenfälle zu reißenden Strömen werden, vollgelaufene Keller und Erdgeschosse, häufiges Hochwasser an der Elbe, Stürme, die ganze Wälder abholzen und Dächer abdecken, Hitze, die ganze Ernte verdorren lässt, Hitze, die Menschen tötet. Brände, die Existenzen vernichten. Küsten, die ohne aufwendigen Küstenschutz ins Meer gerissen werden.

Auch ökonomisch wird die Klimakatastrophe durchschlagen. Beispielsweise durch massiven Schädlingsbefall, Dürre, Brände abgewechselt von Starkregenereignisse in der Land- und Forstwirtschaft. Oder einfach durch die physiologische Notwendigkeit, tagsüber lange Arbeitspausen bei Hitze einlegen zu müssen, um nur einige Beispiele zu nennen. Dies alles kann in diesem Jahrzehnt in Norddeutschland vermehrt auftreten.

Der Torfabbau mit seinen riesigen CO2- und Methan-ausstoßenden Flächen in Nordwest-Niedersachsen muss wegen seiner enorm klimaschädlichen Bilanz schnellstmöglich abgewickelt werden, analog zum Procedere des Kohleausstiegs – nur jetzt und nicht später! Trockengelegte Moore machen 10 % der weltweiten Klimaschädigung aus, umgekehrt binden nasse Moore klimaschädliche Gase. Die Wiedervernässung der Moore zwecks CO2 und Methanbindung ist umgehend umzusetzen, nicht erst bis 2030 zu halbieren, wie es die Landesregierung vorsieht. Den Kommunen kommt dabei die Aufgabe zu, beim Land auf erheblich zeitnäheres Handeln zu drängen und den Klimaschutz durch renaturierte Moore zu sichern.

Klimaschutzpolitik findet in den Kommunen statt und muss durch sie umgesetzt werden. Weitgehend jedes kommunalen Politikfeld ist davon geprägt. Auch auf kommunaler Ebene gibt es Instrumente gegen die drohende Klimakatastrophe vorzugehen: Kommunale oder (re-)kommunalisierte Stadtwerke, die möglichst auch Energieerzeuger sind, sind dazu ein wichtiger Hebel, auf den die Kommunalpolitik direkt Einfluss nehmen kann.

Regionale klimaneutrale Energie-Produktion wie -Versorgung, hitzedämmende ökologische Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzepten mit Luftschneisen und Stadtbegrünung, klimaneutraler Öffentlicher Personennahverkehr, Wald- wie Grünflächenmanagement, Neuorientierung der regionalen Wirtschaftsstruktur hin zu regionaler Kreislaufwirtschaft, Gemeinwohlorientierung und kooperativen Wirtschaftsformen, die durch staatliche Zuschüsse als Wirtschaftsförderung über die Kommunen verteilt wird.

Um die vielfältigen Politikfelder zu koordinieren, braucht es umfassendes kommunales Programm, das den Naturschutz gewährleistet, Landwirtschaft und Wasserversorgung sichert und die Lebensqualität der Bürger\*innen auch in der Klimakatastrophe so gut es geht sichert. Dies erfordert auch eine deutliche Aufstockung des Personals mit neuen Jobprofilen und Überwachungsaufgaben. Dies alles wird nur durch Finanzierungshilfen des Bundes an die Kommunen zu bewältigen sein.

Eine extensive Auslegung der bundesweiten Baugesetzbuches sowie der Niedersächsischen Bauordnung, mit der ökologische Kriterien in Bebauungsplänen und Satzungen festgeschrieben werden können, ist ein weiterer wichtiger Hebel.

Die Umsetzung der Niedersächsischen Anpassungsstrategie und effektive Klimaschutzmaßnahmen gibt es nicht umsonst. Aber: Auf EU-, auf Bundes- und Landesebene gibt es spezifische Fördertöpfe, um den Kommunen Klimaschutzmaßnahmen zu ermöglichen. Ein Teil dieser Gelder wird nicht abgerufen, sei es aus Unkenntnis, weil es den Verwaltungen zu viel Mühe macht oder es in einzelnen Kommunen nicht für wichtig genug erachtet wird. Niedersächsische Kommunen sollten auf die kostenfreie Beratung für ökologische Energiesparmaßnahmen und deren Finanzierung bei der Niedersächsischen Klimaschutz- und Energieagentur (KEAN) zurückgreifen ([www.klimaschutz-niedersachsen.de](http://www.klimaschutz-niedersachsen.de)).

**Für den kommunalen Grünbereich fordert DIE LINKE:**

* Rückbau von versiegelten Flächen
* Festschreibung von Dachbegrünungen in Neubaugebieten auf der Grundlage des Baugesetzbuches und der Nds. Bauordnung.
* Begrünung aller dafür geeigneten Dächer und Fassaden
* Ein Gründachpotential-Kataster sollte angelegt werden
* Hitzeschutzinseln müssen angelegt werden, vermehrt in der Nähe öffentlicher Institutionen
* Massives Aufforsten von gegen Hitze/Trockenheit unempfindlicheren Laubbäumen bzw. Mischanpflanzungen als Kühlungsfaktor und CO2-Speicher, auch im Stadtgebiet
* Einrichtung von Baumschutzsatzungen und Baumkatastern in den Kommunen
* Behördliche Durchsetzung des Verbots des Anlegens von Schotterflächen auf Privatgrundstücken gemäß §9 NBauO
* Dächer von kommunalen Einrichtungen werden bienen- und insektenfreundlich begrünt.
* Erlass einer Baumschutzsatzung
* Für Bäume, die gefällt werden müssen, müssen als Ersatz mehrere neue gepflanzt werden
* Sind aufgrund von Baumaßnahmen gesetzlich Ausgleichsflächen zu schaffen, muss die Errichtung insektenfreundlicher Streuobstwiesen geprüft werden

**Für das Forst-, Moor- und Wassermanagement fordert DIE LINKE:**

* Unterstützung der Forstbehörden bei der „Verkehrssicherung“ gegen umstürzende Bäume, damit sie ihre vernachlässigten Aufgaben zum Forst- und somit Biotopschutz wieder aufnehmen können
* „Klimzug 2000“
* Ein Wassermanagement wurde bereits entwickelt, muss aber vollumfänglich umgesetzt werden – dafür müssen ausreichend Gelder und Personal zur Verfügung stehen
* Nach Novellierung des Wassergesetzes muss die Kommune mit entsprechendem Personal die Sicherung des Grund- und Tiefenwassers vornehmen und bei Entnahme sanktionieren
* Der Wasserpfennig (derzeit 0,09 €/m³) muss erhöht werden
* Hochwasserzonen, die bereits heute wegen der Flächenknappheit nicht eingehalten werden müssen auf höchstmögliche Pegel ausgerichtet werden
* Die gesamte Abwasserinstallation muss auf Starkregenfälle eingerichtet werden
* Für die Landwirtschaft müssen neue Beregnungszeiten mit neuen Beregnungstechniken festgelegt werden wie in Osnabrück (nicht mehr in den Sonnenstunden)
* Regenrückhaltebecken und Verdunstungsflächen müssen geschaffen werden
* Moore müssen erhalten werden und trockengelegte Moore wieder vernässt werden
* Torfabbauhalden renaturieren
* Frischluftschneisen in die Städte einplanen

**Für eine kommunale ökologische Verkehrswende für alle fordert DIE LINKE:**

* Drastische Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs durch die weitgehende Sperrung des Innenstadtbereiches für den motorisierten Individualverkehr
* Erhöhte Parkhausgebühren, jeweils mit Ausnahmen für Anwohner\*innen
* Einführung einer City-Maut, mit der ein entgeltfreier ÖPNV finanziert werden kann
* Mittel für den Straßenbau sind weitgehend umzuwidmen und zur Förderung eines entgeltfreien ÖPNV einzusetzen.
* Umsetzung für entgeltfreien ÖPNV zügig angehen. Beginnen mit der sofortigen Einführung eines Sozialtickets für Hartz-IV-Betroffene, Geflüchtete und weitere Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, für Kinder, Jugendliche und Rentner\*innen
* Tempo 30 flächendeckend in der Kommune
* Ausbau der öffentlichen Personennahverkehrs mit modernen batteriebetriebenen Schienenfahrzeugen und/oder Bussen
* Umgehende Angebotserweiterung des ÖPNV durch engere Taktzeiten, eine bessere Anbindung der Fläche auch am Abend und am Wochenende sowie ein Angebot von öffentlichen Ruf-Taxis.
* Allen Menschen, die auf Hilfsmittel (z.B. E-Scooter) angewiesen sind, einen Rechtsanspruch auf uneingeschränkte Beförderung im ÖPNV zu garantieren.
* Errichtung von E-Ladesäulen für Fahrzeuge und E-Bikes im gesamten Stadtgebiet
* Lieferverkehr in die Innenstädte nur mit Elektro- oder batterieangetriebenen Fahrzeugen
* Kommunales Carsharing-Angebot mit Elektrofahrzeugen
* Ausbau der Fahrradinfrastruktur zu Lasten der Autostraßen
* Möglichkeiten schaffen für die entgeltfreie Nutzung von kommunalen Lastenfahrrädern
* Darüber hinaus fordern wir ein sicheres, engmaschiges Radwegenetz und ein komfortables, sicheres und geschlossenes Fußwegenetz, um die Attraktivität des Fahrradfahrens und Zufußgehens zu erhöhen.